

Linz, 03. Mai 2017

JKU-Senat lehnt Studienplatzfinanzierung neu entschieden ab Mittelverteilung wäre für Johannes Kepler Universität existenzgefährdend

Der Senat der Johannes Kepler Universität Linz hat sich mit der geplanten neuen Studienplatzfinanzierung befasst. Die angepeilte Verteilung der Mittel wird entschieden abgelehnt, so der einstimmige Beschluss in einer Sondersitzung. Nicht nur der aktuelle Weiterentwicklungsprozess der JKU würde gebremst, es käme zu einer Existenzgefährdung der Kepler Universität in ihrer heutigen Form.

Exzellente universitäre Forschung und Lehre sind eine wesentliche Voraussetzung für die positive Entwicklung des Landes Oberösterreich, der hier lebenden Menschen und der Wirtschaft am Standort. Die JKU mit ihren vier großen Fakultäten und ihrem breiten Forschungs- und Bildungsspektrum muss dennoch seit langem mit lediglich rund 4,5 Prozent des Budgets des Bundes für die österreichischen Universitäten auskommen. Der Universitätsstandort Graz beispielsweise verfügt alleine jetzt schon über mehr als das dreifache Budget.

Nach einem vom Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft jüngst präsentierten neuen Modell zur Finanzierung der Universitäten soll das Universitätsbudget insgesamt zwar um 1,35 Milliarden Euro aufgestockt werden. Durch den in Aussicht genommenen Verteilungsschlüssel käme es allerdings zu einer deutlichen Verstärkung der bereits bisher bestehenden Unausgewogenheit der Mittelverteilung zu Gunsten einiger weniger Universitäten an den Standorten Wien und Graz. Der Anteil der JKU am Gesamtbudget würde hingegen drastisch sinken.

Erhebliche Nachteile drohen

Eine derartige finanzielle Privilegierung ausgewählter Standorte brächte erhebliche Nachteile für das Land Oberösterreich. Sie würde darüber hinaus auch dem Wissenschaftsstandort Österreich insgesamt schaden – und zwar sowohl im Hinblick auf den Bildungs- und Forschungsauftrag der Universitäten als auch im Hinblick auf die internationale Sichtbarkeit der österreichischen Wissenschaft.

Der Senat als eines der obersten Organe der Johannes Kepler Universität fordert den Bund auf, die zusätzlichen finanziellen Mittel zum Anlass zu nehmen, die strukturelle finanzielle Benachteiligung des Wissenschaftsstandorts Oberösterreich und der JKU Linz zu beenden.